

Essay

Péter Erdő

Aktuelles

Studienjahres-
eröffnung und
Diplomübergabe,
Umbauarbeiten

Portrait

PD Dr. Hendrik
Hansen



andrássy

NACHRICHTEN

2012

Sommersemester

NACHRICHTEN
DER ANDRÁSSY
GYULA DEUTSCH-
SPRACHIGEN
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

2. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (2. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 500 Stück, Erscheinungsdatum: 23.02.2012

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest

V.i.S.d.R.: Dóra Frey

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Peter Schützhold

Druck: H-ART Kft.

Titelbild: © Sebastian Kuxmann

Abbildungen: S. 1, Bild oben, Sebastian Kuxmann; S. 3, Mária Valéria híd, ladikos, <http://www.orszagalbum.hu>; S. 7, Mária Valéria, tulip, <http://www.orszagalbum.hu>; S. 8, 9 & 19, Sebastian Kuxmann; S. 12, privat; Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der anderen Bilder bei der Andrassy Universität Budapest oder den jeweiligen Autoren.

Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

Fax: +36 1 266 3099

uni@andrassyuni.hu

www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2012/1

Musikalische Untermalung sorgte bei der Eröffnung des neuen Studienjahres und der Diplomübergabe für festliche Atmosphäre

SEITE 8



INHALT



Alte Räume in neuem Glanz – S. 11



Internationale DoktorandInnen trafen sich an der AUB – S. 15

VORWORT	2
KIRCHE UND DEMOKRATIE - von S.E. Dr. Péter Erdő	3
AKTUELLES - Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2011/2012 und Diplomübergabe, Alumni-Treff und Andrássy Ball, Umbauarbeiten abgeschlossen	8
PORTRAIT - Ein Interview mit PD Dr. Hendrik Hansen	12
FORSCHUNG UND TAGUNGEN - AUB ist Partner des neu gegründeten Internationalen Universitätsnetzwerks Politische Kommunikation, Das Doktoratskolleg der Fakultät MES stellt sich vor, ...	13
STUDIERENDE BERICHTEN - Teilnahme am MIDAS Aron Ballot Study Visit, AUB-Studierende vertreten die Republik Moldau beim Model UN in New York 2012, Brüsselexkursion	18
KURZE NACHRICHTEN - Andrássy Netzwerktreffen und Oktoberfest 2011, Universität, Fakultäten, Donau-Institut, Doktorschule, Personalia	20

Vorwort



Liebe LeserInnen,

etwas anzufangen ist wahrscheinlich leichter, als etwas dauerhaft und nachhaltig fortzusetzen. Nr. 2 der „Andrássy Nachrichten“ liegt nun vor, und auch wenn wir uns noch immer in der Aufbauphase einer hoffentlich langen Reihe befinden, soll der Inhalt unserer Nachrichten nicht so sehr von der Freude über den Start, sondern – vielmehr – von Ereignissen des normalen Ablaufs im Leben unserer AUB geprägt werden. So können Sie über Aktualitäten unserer weitverzweigten Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Universität lesen, über Besuche, über Stationen in unserem „Networking“ und über Treffen mit unseren alten und zukünftigen Partnern. Hierbei soll ein neuer und wichtiger Partner unbedingt erwähnt werden: Eine fruchtbare Zusammenarbeit zeichnet sich nämlich schon jetzt, nach einem Jahr konkreter Kontaktaufnahme, mit der autonomen Region Trentino-Südtirol

ab; Studierende und DozentInnen der AUB und der Europäischen Akademie in Bozen lernen einander in Workshops kennen.

Neben den Berichten vermitteln wir – wie schon in der ersten Nummer und wie auch in der Zukunft geplant – einen besonders interessanten Gastvortrag auszugsweise. Diesmal stammt er von Kardinal Péter Erdő, dem Oberhaupt der katholischen Kirche in Ungarn, der im Rahmen der Ringvorlesung „Demokratie und Religion“ seine Gedanken über Prinzipien der katholischen Kirche in diesem Zusammenhang vorgetragen hat.

Etwas anzufangen ist schön, etwas fortzusetzen vielleicht noch schöner. Ich wünsche der Redaktion eine

vergnügte Fortsetzung ihrer Arbeit, wachsende Leser- und steigende Erscheinungszahlen, und den LeserInnen einfach viel Spaß beim Miterleben unseres Uni-Alltags, der gar nicht so alltäglich ist.

Ihr

András Masát
Rektor

Kirche und Demokratie

von Péter Erdő



Der folgende Essay wurde im Rahmen der Ringvorlesung „Demokratie und Kirche“ an der Andrássy Universität Budapest am 09. November 2011 als Vortrag von S.E. Dr. Péter Erdő gehalten.

Wenn man in diesem Kontext von „Kirche und Demokratie“ über Kirche spricht, versteht man darunter die christlichen Kirchen. Ich möchte mich im Folgenden auf die katholische Kirche beschränken. Mein Gesichtspunkt wird bei diesen Ausführungen vorwiegend theologisch und kirchenrechtlich sein.

1. Die katholische Kirche und die Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft

Im Rahmen der Soziallehre der katholischen Kirche finden wir, vor allem in den letzten Jahrzehnten, verschiedene Dokumente, die sich mit der Frage der Demokratie beschäftigen. Eine klassische Stelle ist die Zusammenfassung des kirchlichen Standpunktes über die Demokratie in der Enzyklika *Centesimus Annus* von Johannes Paul II.

„Die Kirche weiß das System der Demokratie zu schätzen, insoweit es die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen sicherstellt und den Regierten die Möglichkeit garantiert, sowohl ihre Regierungen zu wählen und zu kontrollieren als auch dort, wo es sich als notwendig erweist, sie auf friedliche Weise zu ersetzen. Sie kann daher nicht die Bildung schmaler Führungsgruppen billigen, die aus Sonderinteressen oder aus ideologischen Absichten die Staatsmacht an sich reißen. Eine wahre Demokratie ist nur in einem Rechtsstaat und auf der Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen möglich. Sie erfordert die Erstellung der notwendigen Vorbedingungen für die Förderung sowohl der einzelnen Menschen als auch der »Subjektivität« der Gesellschaft durch die Schaffung von Strukturen der Beteiligung und Mitverantwortung.“¹

Diese Beschreibung der Demokratie betont die Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit und einer echten anthropologischen Einstellung, die nach der ganzen christlichen Tradition den Verstand, die Freiheit und die

Würde des Menschen mit sich bringt. Man setzt dabei natürlich voraus, dass der menschliche Verstand fähig ist, objektiv zuverlässige Kenntnisse über die Wirklichkeit zu vermitteln. Wenn man den Wert der menschlichen Erkenntnis und die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen echten und falschen Behauptungen nicht anerkennt, so werden auch die Vorbedingungen der Demokratie illusorisch. Wie kann man zwischen korrekt und richtig verfassten Behauptungen von politischen Kräften wählen, wenn der Mensch im Grunde unfähig ist, die Realität zu erkennen? In diesem Fall wäre nur eine audiovisuelle Gefühlsmanipulation möglich, die aber die Freiheit des Menschen nicht mehr direkt anspricht, und die bewusste Entscheidung nicht mehr erfordert.

In der neueren kirchlichen Soziallehre wird auch betont, dass die wahre Demokratie auf der überzeugten Annahme von Werten gründet. Solche Werte sind die Würde der menschlichen Person, der Schutz der Menschenrechte und die Anerkennung des Gemeinwohls als Richtschnur und Ziel des politischen Lebens. Wenn es bezüglich dieser Werte kein breites Einverständnis in der Gesellschaft gibt, so wird der Sinn der Demokratie verdunkelt und schwächt ihre Stabilität.²

Die Kirche anerkennt das Prinzip der Aufteilung der Gewalten im Staat. Die Machthaber sind dem Volk gegenüber verantwortlich.³ Die kirchliche Soziallehre hat die politische Korruption als eine der schwersten Entartungen des demokratischen Systems gebrandmarkt. Die Korruption verrät nämlich gleichzeitig die Grundnormen der Moralität und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.⁴

Die Staaten werden in der kirchlichen Soziallehre als Institutionen der menschlichen Gesellschaft anerkannt und gewürdigt. In ihnen gilt das Prinzip der Demokratie. Diese Demokratie ist also nicht ein absolutes Prinzip, sie kann nämlich ihre positiven Wirkungen nur dann entfalten, wenn die Rechtsstaatlichkeit in der Gesellschaft garantiert ist und die grundlegenden menschlichen Werte weitgehend anerkannt werden.

Innerhalb der Kirche ist die Demokratie kein allgemein gültiges

Organisationsprinzip. Die Ursache davon ist theologischer Natur. Das Christentum, wie auch das Judentum, beruft sich auf die göttliche Offenbarung. Es ist also eine Offenbarungsreligion. Diese Art von Religion versteht sich nicht als Ergebnis der Betrachtung der Welt und der menschlichen Anstrengungen. Sie ist also keine „natürliche Religion“. Darum ist der Inhalt der göttlichen Offenbarung über die Tradition zu erkennen. Diese Offenbarung ist die Richtschnur und die Grundlage auch des kirchlichen Wirkens. Die Hauptaufgabe der Kirche ist nämlich die Vermittlung dieser Offenbarung, dieser guten Nachricht an die ganze Welt. Darum ist die innere Logik dieser Sendung auch das höchste Prinzip ihrer Organisation. Trotzdem gibt es in der zeitgenössischen Theologie und Kirchenrechtswissenschaft verschiedene Strömungen, die für das innere Leben der Kirche ein anderes, der Demokratie ähnliches Prinzip der kirchlichen Soziallehre für die Kirche anzuwenden versuchen. Dieses Prinzip ist die Subsidiarität.

2. Die Subsidiarität in der Kirche

Obwohl die Soziallehre der Kirche schon seit längerer Zeit für das Prinzip der Subsidiarität in der weltlichen Gesellschaft eintritt, wonach die höheren Organe nur dann eingreifen haben, wenn die Bürger in ihrer Autonomie und die örtlichen Organe und Gemeinden auf der unteren Ebene keine zufriedenstellende Lösung finden, diskutiert man seit langem immer noch, ob sich dieses Kriterium auch innerhalb der Kirche anwenden lässt.

Schon Papst Leo XIII. hatte in der Enzyklika *Rerum novarum* Gedanken ähnlichen Inhalts geäußert, doch findet sich die erste ausdrückliche Erklärung lehramtlichen Charakters über das Subsidiaritätsprinzip erst im Rundschreiben *Quadragesimo anno* Pius' XI. von 1931. Nach dem Wortlaut der Enzyklika verlangt Subsidiarität vor allem Folgendes:⁵

a) Die ganze kollektive Tätigkeit hat dem Menschen zu dienen, weswegen keine Gemeinschaft dem Einzelnen das wegnehmen darf, was er selbst zu tun

imstande ist.

b) Die kleineren gesellschaftlichen Einheiten dürfen nicht der Möglichkeit und der Mittel beraubt werden, alles zu leisten, wozu sie selbst imstande sind. Deswegen müssen die größeren gesellschaftlichen Einheiten ihre Zuständigkeit auf diejenigen Tätigkeitsbereiche beschränken, welche die Kräfte der kleineren Einheiten übersteigen.

c) Jede größere gesellschaftliche Einheit, vor allem der Staat, muss die hierarchische Ordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationsformen respektieren und den kleineren Einheiten helfen, die Aufgaben, zu denen sie imstande sind, besser zu vollziehen.⁶

Auf alle Fälle ist das Subsidiaritätsprinzip ein Begriff der Gesellschaftsphilosophie, der in verschiedenen Strängen der Ideengeschichte wurzelt. Zum einen setzt er die hierarchische Ordnung der Gesellschaftseinheiten voraus und in dieser Beziehung wurzelt er im politischen Denken der Antike; zum andern betont er die Rechte des Einzelmenschen. Diese Hervorhebung der Rolle des Einzelmenschen stammt aus der Gesellschaftsphilosophie der Neuzeit. Deswegen erkennen einige Autoren in der Formulierung des Subsidiaritätsprinzips die Synthese der aus der Scholastik herkommenden Kategorien des organischen Denkens und jener der modernen Staatstheorie.⁷ Natürlich ist es noch auf keinem anderen Sektor des intellektuellen Lebens zu einer dauernden Synthese der beiden Denkstränge gekommen. Kein Wunder also, dass die mit dem Subsidiaritätsprinzip zusammenhängenden theoretischen Formulierungen heute nicht mehr das gleiche Gewicht haben wie vor fünfzig Jahren. Zum Beispiel legt das II. Vatikanische Konzil die neuscholastische Naturrechtstheorie nicht im Einzelnen dar, spricht aber reichlich von den Rechten der menschlichen Person⁸, vor allem in der Erklärung *Dignitatis humanae* und in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*.⁹ Die große geschichtliche Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips liegt, wie Franz Xaver Kaufmann sagt, nicht in seiner Anwendung auf Einzelfälle, sondern mehr in seiner kritischen Rolle gegenüber

den großen individualistischen und kollektivistischen Ideologien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.¹⁰

Drei Päpste – Pius XII. und Paul VI. ausdrücklich und Johannes XXIII. implizit – haben von der Subsidiarität als einem Prinzip gesprochen, das unter bestimmten Bedingungen auch innerhalb der Kirche gelte. In seiner Ansprache vom 20. Februar 1946 an die neu ernannten Kardinäle erläuterte Papst Pius XII. die Aufgabe der Kirche, den Menschen in seiner Würde als Person und Gotteskind seinem natürlichen und übernatürlichen Wesen nach heranzubilden und zu fördern, und sagte, das Subsidiaritätsprinzip, das Pius XI. in der Enzyklika *Quadragesimo anno* formuliert habe, gelte auf jeder Ebene des gesellschaftlichen Lebens und sogar – „in Respektierung der hierarchischen Struktur“ – auch im Leben der Kirche.¹¹ Auf dem Zweiten Weltkongress über die apostolische Tätigkeit der Laien am 5. Oktober 1957 sagte Pius XII., die kirchlichen Autoritäten müssten in konsequenter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips den Laien die Aufgaben anvertrauen, die sie auf dem Gebiet des mit dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben zusammenhängenden Apostolats ebenso gut erfüllen könnten wie die Priester.¹² Als entscheidende Richtlinie bestimmt der Papst, dass die Laien diese Tätigkeit innerhalb der Grenzen ihrer Funktion und dem öffentlichen Wohl der Kirche entsprechend ausüben.¹³

Papst Johannes XXIII. spricht zwar vom Subsidiaritätsprinzip in dem von Pius XI. gemeinten Sinn nicht ausführlich, bezeichnet aber, in Bezug auf das innere Leben der Kirche, es als ein historisches Faktum, dass die Kirche ihren Gläubigen und den in ihr tätigen Organismen die vernünftige Bewegungsfreiheit zugestehe, die auch in den menschlichen Gesellschaften zu reicher Entfaltung von Energien und Initiativen führe. Diese Freiheit werde nur durch die von Gott gestiftete hierarchische Autorität und das Prinzip der kirchlichen Disziplin begrenzt.¹⁴

In seiner Ansprache bei der feierlichen Eröffnung der Bischofssynode im Herbst 1969 ging Paul VI. in Bezug auf die innerkirchliche Kollegialität besonders klar auf das Subsidiaritätsprinzip

ein. Er sagte, dieses Prinzip sei in der Kirche in weiser und demütiger Zurückhaltung anzuwenden, damit das Gemeinwohl nicht Schaden leide unter den vielfältigen Sonderautonomien, die „der Einheit und Liebe schaden“. Er fügte auch hinzu, dass die Leitung der Kirche sich nicht an die Regeln der heutigen weltlichen Systeme mit ihren zuweilen übertriebenen demokratischen Institutionen zu halten habe und auch nicht an die der Menschenwürde widersprechenden totalitären Formen, denn die Leitung der Kirche weise ein eigenes Gesicht auf, das beständig den Willen ihres göttlichen Stifters widerspiegeln solle.¹⁵ Neben der theoretischen Anerkennung der Subsidiarität in dem innerhalb der Kirche geltenden klassischen Sinn und der Betonung ihrer Grenzen, findet sich in der päpstlichen Lehre in der jüngsten Zeit eine andere Tendenz, die den in besonderen theologischen Situationen umgekehrt verlaufenden Sinn des Prinzips der Subsidiarität („subsidium“) zu bestimmen und zu ermitteln beginnt. In seiner Ansprache an die römische Katholische Aktion hatte schon Johannes XXIII. am 10. Januar 1960 erklärt, dass die Laien an der Seite des apostolischen Wirkens der Hierarchie eine subsidiäre Aufgabe leisten, ihr beistehen und das, was die hierarchische Tätigkeit nicht zu leisten vermag, ersetzen.¹⁶ In der Kirche gibt es also Tätigkeiten, von denen man nicht, dem Schema einer pyramidenförmig aufgebauten gesellschaftlichen Hierarchie entsprechend, sagen kann: Wenn die „untere“ Ebene sie nicht zu vollziehen vermag, muss eine „obere“ Ebene „Hilfe“ leisten. Vielmehr scheint bei der Bestimmung der Aufgaben der sakramentale Auftrag am wichtigsten zu sein.¹⁷ In dieser Linie liegt die Aussage Johannes Pauls II. in seiner Ansprache an die Römische Kurie vom 28. Juni 1980.¹⁸ Der Papst vertritt darin die Ansicht, dass die Kirche aufgrund des Subsidiaritätsprinzips den Theologen eine ergänzende Verantwortlichkeit anvertraue. Nach dem Kontext der Ansprache bezieht sich das höchstwahrscheinlich auf die Mithilfe der Theologen bei der Lehrtätigkeit des Bischofs, was einen weiteren Hinweis auf die primäre Rolle der im Sakrament zugewiesenen

Aufgabe zu bilden scheint.

Gemäß den von der Bischofssynode von 1967 angenommenen und vom Papst gutgeheißenen Grundsätzen, die als Richtlinien für die Reform des Codex des kanonischen Rechts aufgestellt wurden, sollte das Subsidiaritätsprinzip auch von der Kommission zur Revision des Codex angewandt werden.¹⁹ Auf die Frage hin, wie das ermöglicht werden könne, versuchte man abzuklären, in welchen Bereichen der Kirche das Subsidiaritätsprinzip gelten könne. Unter den Teilnehmern der Bischofssynode von 1969 ging Carlo Colombo ausdrücklich auf das Thema ein. Die klassische Form der Subsidiarität könne vor allem im Gebiet der Disziplin und der Pastoral gelten, vor allem für die Beziehung zwischen den einzelnen Bischöfen und der höchsten Autorität in der Kirche; im Gebiet der Glaubens- und Sittenlehre aber lasse es sich nicht anwenden, weil hier die Bezüge ganz anders, ja gegensätzlich seien: Es gebe nur eine geoffenbarte Wahrheit und nur ein göttliches „Gesetz“, und diese würden von der Autorität des Lehramtes im Namen Christi der ganzen Kirche vorgelegt.²⁰ Diesbezüglich sei das gültige Argument die Lehre des II. Vatikanischen Konzils, wonach (*Christus Dominus* 8) die einzelnen Diözesanbischöfe über alle zur Leitung ihrer Teilkirche notwendigen Vollmachten verfügen, außer in dem Fall, dass eines dieser Rechte von der höchsten Autorität der Kirche (sich oder anderen Organen) vorbehalten worden ist.

Doch diese Unterscheidung scheint sich nicht auf alle Ebenen des kirchlichen Lebens und bei allen Aufgabenverteilungen anwenden zu lassen. Es gibt nämlich auch im Bereich der Disziplin oder der Kirchenleitung im engen Sinn des Wortes Funktionen, die sich nicht aus den Erfordernissen der Leitung und der Ordnung der Teilkirche ableiten lassen, sondern die Kirche als ganze betreffen. Auf sie lässt sich – auch wenn sie nicht ins Gebiet der Lehre gehören – das Subsidiaritätsprinzip nicht ohne weitere Klärungen anwenden. Deswegen konnte Papst Paul VI. am Ende der Synode die Ansicht vertreten, dass die Anwendung dieses Prinzips in der Kirche eine weitere Abklärung der Lehre

und Praxis erfordere. Subsidiarität sei nicht gleichbedeutend mit dem Anspruch auf Pluralität in Bezug auf die Grundlinien des Glaubens, des Sittengesetzes, der Sakramente, der Liturgie und der kanonischen Disziplin, denn in diesen Sektoren sei die für die Kirche notwendige Einheit streng zu bewahren.²¹ Nicht nur auf dem Gebiet der Glaubenslehre lässt sich dieses Prinzip nicht ohne weitere Abklärungen anwenden, sondern auch im Bereich der Leitungstätigkeit und des heiligenden Wirkens der Kirche. Auf alle Fälle steht fest: In den Tätigkeiten, für die das Petrusamt (des Papstes) oder die sakramentale Weihe eine besondere Sendung mit sich bringt, kommt dem Papst und den geweihten Personen (Bischöfen, Priestern, Diakonen) ein Vorrang zu²², nicht kraft eines Privilegs, sondern weil dieses besondere sakramentale Geschenk oder petrinische Charisma für das Wohl der Kirche am wirkungsvollsten sein kann. Im Bereich der Aufgaben der geweihten Bischöfe und Priester gibt es aber auch Tätigkeiten, die von nicht geweihten Personen überhaupt nicht gültig ausgeübt werden können. Zu diesen Funktionen wird nämlich die Person erst durch die Aufnahme des Weihesakramentes befähigt.

Die Kirche ist eine Gesellschaft von besonderem Charakter, weswegen nicht wenige in Zweifel ziehen, dass sich ihre Natur mit dem Subsidiaritätsprinzip im engen Sinn verträgt. Bei der außerordentlichen Bischofssynode von 1985 anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Abschlusses des II. Vatikanischen Konzils wurde dieses Problem außerordentlich klar zur Sprache gebracht. Kardinal Jérôme Hamer bekräftigte bei diesem Anlass, dass die Subsidiarität nicht ein theologisches Prinzip sei und dass sich ihr genauer Inhalt nicht allein auf die Zentralisierung oder Dezentralisierung einzelner Funktionen beziehe. Er hielt es für richtiger, sich auf die Autonomie der Teilkirchen zu beziehen. Falls das Subsidiaritätsprinzip falsch verstanden oder angewendet würde, könnte das nämlich in der Kirche die Gefahr herbeiführen, dass sich Nationalkirchen bilden oder dass die Autonomie der Teilkirchen in Opposition zum Petrusamt falsch interpretiert wird.²³

Wegen seines geschichtlichen Ursprungs und der Bedeutung, die ihm in päpstlichen Ansprachen beigelegt wird, erinnert der Begriff an die Idee der Volkssouveränität und zieht er die Grenzen der Zuständigkeit des Staates, auch wenn er andererseits dessen Verantwortlichkeit in Situationen betont, in denen die Bürger nicht imstande sind, sie selbständig zu bewältigen. Die Anwendung dieses Prinzips in der Kirche brächte also nach Ansicht vieler nicht nur die Grundstruktur der Kirche in Gefahr, sondern würde zu einem Hindernis für die Verwirklichung der theologischen Eigenart, wonach die Gesamtkirche sich in den Teilkirchen als in den Bildern der Gesamtkirche findet. Auch könnte die Anwendung des Prinzips in Widerspruch zur Bestimmung der Rollen und Dienste geraten, die der Herr selbst für die Kirche vorgesehen hat.²⁴

In der Einsicht, dass diese kritischen Urteile berechtigt sind, müssen wir besondere konkrete Formen der Subsidiarität in der Kirche ausfindig machen. Unter diesen verdient insbesondere diejenige im Bereich der öffentlichen kirchlichen Funktionen Aufmerksamkeit. Auf diesem Sektor können wir nämlich in Bezug auf einige Funktionen nicht im Sinn eines allgemeinen Prinzips ähnlich dem der Volkssouveränität, sondern nur in besonderem, begrenztem Sinn von Subsidiarität einfachhin sprechen, in Bezug auf andere Funktionen von Subsidiarität in der umgekehrten Richtung.

Innerhalb des vielgestaltigen Auftrags, den die Gläubigen in der Taufe (und in der Firmung) erhalten, scheint die klassische Form des Subsidiaritätsprinzips zu gelten. Das würde besagen, dass der positive, dauernde rechtliche Ausschluss aus den Betätigungen, zu denen sie durch die Taufe beauftragt sind, der theologischen Grundstruktur der Kirche widerspricht.

Doch gibt es viele Aspekte des Auftrags der Kirche, in denen Geweihte besondere Pflichten und Charismen zum Vollzug von Aufgaben haben, welche die kirchliche Autorität nötigenfalls auch Laien anvertrauen kann. Bei diesen Tätigkeiten gilt die

Subsidiarität im umgekehrten Sinn: Die Laien können sie nur mangels geweihter Personen vollziehen, indem sie diese ersetzen.²⁵

Eine dritte Gruppe der kirchlichen Funktionen stellen die Tätigkeiten dar, die nur von geweihten Personen gültig ausgeübt werden können. In diesem Bereich ist das Prinzip der Subsidiarität in gar keinem Sinn anwendbar.

Aufgrund unserer Darlegungen müssen wir feststellen, dass die Fragen, welche die universale und partikulare Dimension der Kirche, die Tätigkeit der Kirche und die Beziehungen zwischen ihren Gliedern betreffen, letztlich nicht gleichsam aufgrund eines maßgebenden Leitgedankens gemäß dem Subsidiaritätsprinzip oder entsprechend einem anderen politischen, soziologischen oder philosophischen Prinzip zu lösen sind, beispielsweise nach dem der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Macht oder nach der Theorie der „Grundrechte“.²⁶ Es käme sonst zu einem schlimmen methodischen Fehler. Auf der Suche nach einer Lösung für diese Probleme müssen wir vielmehr von der theologischen Struktur der Kirche ausgehen im Blick auch auf ihre Aufgaben und ihr sakramentales und gemeinschaftliches Funktionieren. Zweifellos kann in gewisser Hinsicht die Anwendung von Kategorien, die jeweils dem zeitgenössischen gesellschaftlichen Denken angehören, begründet und berechtigt sein; ja sie ist manchmal unumgänglich. Die Anwendungsnorm aber ist das theologische Kriterium der (im Glauben und in der Praxis der Kirche lebendigen) apostolischen Überlieferung, die im organischen Funktionieren der Gemeinschaft stets wahrnehmbar ist.

Referenzen

- 1 JOHANNES PAUL II., Enzyklika „Centesimus Annus“ vom 1. Mai 1991 Nr. 46, in: AAS 83 (1991) 850.
- 2 Vgl. PÄPSTLICHER RAT FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN, Kompendium der Soziallehre der Kirche, 2. April 2004, Freiburg in Breisgau 2006, Nr. 407.
- 3 Vgl. Ebd. Nr. 408.
- 4 Vgl. Ebd. Nr. 411.
- 5 Vgl. F. X. KAUFMANN, El principio de subsidiariedad: punto de vista de un sociólogo de las organizaciones, in: Naturaleza y futuro de las conferencias episcopales. Actas de Coloquio Internacional de Salamanca 3-8 enero 1988, hrsg. von H. Legrand, J. Manzanares und A. Garcia y Garcia, Salamanca 1988, 337-358, 342 f.; vgl. DERS.,

- Die Bischofskonferenz im Spannungsfeld von Zentralisierung und Dezentralisierung, in: Die Bischofskonferenz. Theologischer und juristischer Status, hrsg. von H. Müller und H. J. Pottmeyer, Düsseldorf 1989, 134-155, besonders: 150.
- 6 PIUS XI., Enzyklika „Quadragesimo anno“ vom 15. Mai 1931, Nr. II, 5, in: AAS 23 (1931) 203.
- 7 Vgl. z. B. J. ISENSEE, Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht, Berlin 1968, 25; F. X. KAUFMANN, El principio de subsidiariedad (Anm. 5), 344; DERS., Die Bischofskonferenz (Anm. 5), 150.
- 8 Vgl. F. X. KAUFMANN, El principio de subsidiariedad (Anm. 5), 344.
- 9 Vgl. X. OCHOA, Index verborum cum documentis Concilii Vaticani secundi, Roma 1967, 275.
- 10 F. X. KAUFMANN, El principio de subsidiariedad (Anm. 5), 344.
- 11 AAS 38 (1946) 144 f.; vgl. J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad en la Iglesia. Estado de la cuestión, in: Naturaleza y futuro de las conferencias episcopales (Anm. 5), 367-424, 372-374.
- 12 AAS 49 (1957) 927.
- 13 Ebd.
- 14 JOHANNES XXIII., Alloc. ad CELAM vom 15. November 1958, in: Discorsi, Messaggi e Colloqui del Santo Padre Giovanni XXIII, Città del Vaticano 1963, I, 23; vgl. J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad (Anm. 11), 379.
- 15 AAS 51 (1969) 719 f.
- 16 Discorsi, Messaggi e Colloqui del Santo Padre Giovanni XXIII (Anm. 14), zitiert bei: J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad (Anm. 11), 380.
- 17 Vgl. z. B. P. ERDŐ - J. GARCIA MARTÍN, La missione come principio organizzativo della Chiesa. Un aspetto particolare: la missione dei presbiteri e dei vescovi, in: Periodica 84 (1995) 425-454.
- 18 AAS 72 (1980) 658; vgl. J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad (Anm. 11), 399.
- 19 PONTIFICIA COMMISSIO CIC RECOGNOSCENDO, Principia quae Codicis Iuris Canonici recognitionem dirigant 5, in: Communicationes 1 (1969) 81; vgl. Christus Dominus 8,1; H. SCHMITZ, Reform des kirchlichen Gesetzbuches Codex Iuris Canonici 1963-1978 (Canonistica. Beiträge zum Kirchenrecht 1), Trier 1979, 20-22.
- 20 Vgl. G. CAPRILE, Il Sinodo dei Vescovi: Prima Assemblea Straordinaria, Roma 1970, 127; J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad en la Iglesia (Anm. 11), 388 f.
- 21 AAS 51 (1969) 728 f.; vgl. J. A. KOMONCHAK, La subsidiariedad en la Iglesia (Anm. 11), 390.
- 22 Vgl. P. ERDŐ, „Sacra ministeria“ e uffici ecclesiastici per eccellenza, in: Ius in vita et missione Ecclesiae. Acta symposii internationalis Iuris canonici occurrente X anniversario promulgationis Codicis Iuris Canonici diebus 19-24 aprilis 1993 in Civitate Vaticana celebrati, hrsg. vom Pontificium Consilium de Legum Textibus Interpretandis, Città del Vaticano 1994, 859 f.
- 23 Synode extraordinaire. Célébration du Vatican II, Paris 1986, 602; J. BEYER, Principe de subsidiarité ou « juste autonomie » dans l'Église, in: Nouvelle Revue Théologique 108 (1986) 801-822.
- 24 Vgl. J. BEYER, ebd., 821 f.
- 25 Vgl. P. ERDŐ, A világiak munkája a plébánián. Teológiai és egyházi vonatkozások, in: Távlatok 1213 (1993) 632-639; P. ERDŐ - J. GARCIA MARTÍN, La missione come principio organizzativo (Anm. 17), 425-454.
- 26 Vgl. E. CORECCO, Dalla sussidiarità alla comunione, in: Rivista Internazionale di Teologia e Cultura: Communio Nr. 127 (1993) 901-905; DERS., Ius universale -

Ius particulare, in: Ius in vita et missione Ecclesiae. Acta symposii internationalis iuris canonici occurrente X anniversario promulgationis Codicis Iuris Canonici diebus 19-24 aprilis 1993 in Civitate Vaticana celebrati, hrsg. vom Pontificium Consilium de Legum Textibus Interpretandis, Città del Vaticano 1994, 561.



Aktuelles

Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2011/2012 und Diplomübergabe

Am Vormittag des 09. September 2011 begann die feierliche Eröffnung des Studienjahres 2011/2012 der Andrássy Universität Budapest traditionsgemäß mit der ungarischen Nationalhymne gefolgt von der Rede des Rektors der Universität.

Prof. Dr. András Masát begrüßte alle Anwesenden und ganz besonders die neuen Studierenden der AUB ganz herzlich, und berichtete über die Ereignisse des vergangenen Studienjahres. Nach der feierlichen Eröffnungsrede des Rektors ergriff Frau Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg, das Wort. In ihrer Festrede bestätigte sie erneut, dass sie die AUB weiterhin unterstützen wird und überreichte den fünf von der Baden-Württemberg Stiftung geförderten Studierenden ihre Urkunden.

Auch von der Studierendenschaft

wurden die neuen Studierenden begrüßt und die Absolventinnen und Absolventen verabschiedet. In seiner Rede wünschte Herr Jakov Devcic, Vorsitzender der Studierendenschaft, allen viel Erfolg und Leidenschaft für ihre zukünftigen Pläne.

Herr Klaus Rettel, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin (DUG), vergab auch in diesem Jahr den Karl-Rath-Preis, nachdem er das Zusammenwirken der DUG und der AUB schilderte.

Der 1. Preis ging an Herrn Artem Dyachenko (MA International Economy and Business), der 2. Preis an Frau Juliette Christiane Rahn (MA Doppelstudium, Mitteleuropäische Geschichte und Internationale Angelegenheiten) und der 3. Preis an Frau Andrea Kluknavská (LL.M.).

Den Studienpreis der DUG gewann die Jahrgangsbeste Frau Gabriella Bassu (MA Internationale Beziehungen) und

zwei weitere Studienpreise bekamen Frau Alena Brel (MA Internationale Beziehungen) und Frau Beatrix Percze (MA International Economy and Business) für ihre herausragenden Leistungen.

Im Anschluss folgte der Höhepunkt der Feier: die feierliche Diplomübergabe an die 26 Absolventinnen und Absolventen der Andrássy Universität, welche mit dem 1. Satz des Klarinetten-Quintetts von Max Reger eingeleitet wurde. Stolz übergaben Herr Prof. Dr. András Masát und Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Doktorschule, auch die ersten zwei Doktorurkunden der AUB an Kálmán Pócza und Christoph Schnellbach.

Das vom Prorektor der Universität, Prof. Dr. Stefan Okruch, geführte Programm endete würdevoll mit der Europäischen Hymne.



„Markieren wir unsere Universität durch attraktives Studienangebot, setzen wir die individuelle Betreuung unserer Studierenden in unserem speziellen Flair einer internationalen Arbeitsatmosphäre fort. Als eine junge Universität sind wir flexibel, mobil und voller Energie und Möglichkeiten.“

Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrássy Universität Budapest

„Es begeistert mich, hier bei europäischen Studierenden, europäischem wissenschaftlichen Personal und europäischen Förderern zu sehen, wie der europäische Gedanke mit Leben erfüllt wird.“

Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg



Besuch aus Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist eine der wichtigsten Förderer der Andrássy Universität Budapest. Vor allem für die Fakultät VSR engagiert man sich in Stuttgart. So war es besonders erfreulich, dass die Ministerin der frisch gewählten Landesregierung für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Zeit fand, nach Budapest zu kommen und am 9. September bei der Jahreseröffnungsfeier eine Rede hielt sowie den Stipendiaten der Baden-Württemberg-Stiftung ihre Urkunden überreichte.

In ihrer Rede betonte Frau Ministerin Bauer, die AUB sei ein Ort der gelebten europäischen Integration, wo Studierende, Mitarbeiter und auch Förderer aus ganz Europa zusammenfinden. Sie bedankte sich bei dem Land Ungarn für die Initiative der Gründung der einzigen deutschsprachigen Universität außerhalb

des deutschen Sprachraums und drückte ihre Hoffnung aus, die Existenz der Universität durch entsprechende gesetzliche Regelung und Finanzierung langfristig sichern zu können.

Den Absolventen und Studierenden der Universität legte sie an Herz, als eine gut ausgebildete und mit dem Ost- und Mitteleuropäischen Raum besonders vertraute Elite an dem Integrationsprozess Europas teilzunehmen und dabei den Titel „Elite“ als Herausforderung anzunehmen.

Danach betonte sie die Wichtigkeit des Engagements der Universität Heidelberg und der Baden-Württemberg-Stiftung beim Aufbau und der Förderung der AUB. Des Weiteren kündigte sie an, dass nach dem Ausscheiden von Herrn Minister a.D. von Trotha als Landesbeauftragten für die AUB nun Herr Minister a.D. Prof. Dr. Peter

Frankenberg dieses Amt übernehmen wird. Er sei als Wissenschaftsminister der letzten 10 Jahren mit der AUB bestens vertraut sein, da er seit der Gründung das Projekt mit verfolgt und betreut hat.

Zum Schluss der Rede überreichte die Ministerin die Stipendiumsunterlagen an die Studierenden und Absolventen, die durch ein Baden-Württemberg-Stipendium gefördert werden.

Leider konnte die Ministerin, wegen anderen Verbindlichkeiten, am Abend nicht zum Jahreseröffnungsball kommen, aber sie bat jetzige und ehemalige Studierende der AUB zu einem Gespräch, welches von der Fakultät VSR organisiert wurde. Hier konnten auf informelle Art und Weise Gedanken über die Stärken und Probleme der AUB sowie über die Vorteile und Herausforderungen eines Studiums ausgetauscht werden.

Alumni-Treff

Die Gelegenheit der Eröffnung des Studienjahres und des Balls bot es, am Freitag, den 9. September 2011 die 2. Generalversammlung des Alumni-Vereins der AUB zu veranstalten. In gemütlicher Atmosphäre neben Kaffee und Kuchen wurde nach dem Empfang der Mitglieder der Bericht des letzten Jahres und der Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom Kanzler, dr. Ákos Domahidi bekanntgegeben und einstimmig

angenommen. Anschließend wurde über die Gestaltung der Zukunft des Vereins diskutiert, diesbezüglich Ideen gesammelt und Aufgaben verteilt. So plant der Verein u. A. seine interne Kommunikation zu verbessern, ein Logo zu erstellen, Praktikumsmöglichkeiten an AUB-Studierende zu vermitteln und einen sog. „HomeDay“ an der Universität zu veranstalten. Im Namen der Universität, versicherte der Kanzler erneut seine Bereitschaft alle Initiativen

der Alumni gern zu unterstützen. Von den damals eingebrachten Ideen wurden einige schon verwirklicht, so wurde eine Facebook-Präsenz des Vereins eingerichtet, um die Mitglieder auf dem Laufenden zu halten, um dort Veranstaltungen der AUB, Stellen- und Praktikumsangebote etc. bekanntzugeben.

Ball der Studierendenschaft

Wie schon seit 2006 fest eingebürgert, organisierte ein Team, bestehend aus Mitgliedern der Studierendenschaft, am Tag der Jahreseröffnungsfeier den Ball der Studierendenschaft. In den schönen Festräumen der Universität feierten alte und neue Studierende, Alumni, Professoren und Mitarbeiter gemeinsam. Künstlerisch untermalt wurde die Veranstaltung durch eine Kabarett-Einlage der Deutschen Bühne Ungarn aus Szekszárd. Diesmal

vergaben die Studierenden Preise, so wurden die besten Dozenten der jeweiligen Fakultäten geehrt: Dr. Dr. Rolf F. Krause von IB, Prof. Dr. habil. Georg Kastner von MES, sowie Prof. Dr. Stephan Kirste von VSR. Natürlich durfte die Wahl der Ballkönigin und des Ballkönigs auch nicht fehlen. Nach Ende des offiziellen Teils feierten die Anwesenden bis in die frühen Morgenstunden.



Umbauarbeiten abgeschlossen



Aus alt...

Im Jahr 1865 vom berühmten Architekten Miklós Ybl erbauten und nun schon seit ca. 10 Jahren von der Andrássy Universität Budapest genutzten Festetics Palais, wurde im letzten Jahr beschlossen, weitere Räumlichkeiten zu einer „Doktorschule“ umzubauen. Als Platz für weitere Schulungsräumlichkeiten, ein Archiv und Arbeitsplätze für die Doktorandinnen und Doktoranden wurden im Untergeschoß, bis dahin als Lagerräume genutzte, Räumlichkeiten ausgemacht.

Diese hatten durch die in der Bauzeit nicht übliche Außenabdichtung zum Teil große Feuchtigkeits- und Salzsäuren und waren in einem stark erneuerungsbedürftigen Zustand. Freundlicherweise wurde

vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) die Finanzierung des Projekts zugesagt und so konnte zusammen mit Fachleuten ein Sanierungskonzept des ca. 240 qm großen Bereichs entwickelt werden. In enger Zusammenarbeit mit der Denkmalschutzbehörde wurde die Planung vorangetrieben und im Spätherbst 2011 mit den Umbauarbeiten begonnen. Die vertikale Abdichtung wurde mit einem „Penetrat“-Abdichtungsanstrich erreicht und gegen aufsteigende Feuchtigkeit horizontale Wandinjektionen eingebracht. Dann wurden alle inneren Oberflächen renoviert, ein Fliesenbelag verlegt und die Wände mit einem Sanieranstrich versehen. In einem zweiten Bauabschnitt konnten im

Dachgeschoss weitere dazu gehörende Arbeitsräume für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Donau-Instituts sowie ein Aufenthaltsraum für die Studierenden und ein neues Büro für die Studierendenvertretung ausgebaut werden.

Nach nicht immer einfachen Arbeiten in laufendem Betrieb und mit viel Unterstützung und Verständnis der Nutzer, bei denen sich das „Bauteam“, auf diesem Weg, noch herzlich bedanken möchte, wurden die Umbauarbeiten termingerecht Ende 2011 fertig gestellt.

Johannes Schuler, Projektkoordinator



...wird neu!



Portrait

Ein Interview mit PD Dr. Hendrik Hansen



PD Dr. Hendrik Hansen ist seit dem Wintersemester 2011 neuer Dozent an der Fakultät VSR und hat die Professur für Politikwissenschaft, im Rahmen der DAAD-Langzeitdozentur inne, nachdem die frühere Inhaberin der Professur, Prof. Dr. Ellen Bos, die Leitung des Donau-Instituts übernommen hat.

Herr Hansen, wie kam die Idee an der AUB zu arbeiten? Haben Sie vorher schon von der Universität gehört?

Bevor ich an die Andrassy Universität kam, war ich an der Universität Passau tätig, die seit vielen Jahren eine Partneruniversität der AUB ist – dort hatte ich also schon von der AUB gehört. Die Idee, mich an die AUB zu bewerben, kam dann aber erst mit der Stellenausschreibung. Mich hat die Perspektive sehr gereizt, an einer internationalen, deutschsprachigen Universität in Budapest zu lehren. Meine Auslandserfahrungen waren – und das ist ziemlich typisch für akademische Lebensläufe in Deutschland – eher nach Westen hin orientiert: Ich habe in Frankreich studiert und in den USA unterrichtet, war aber bisher nur wenig in Mittel- und Osteuropa. Mich reizte die Aussicht, mit Ungarn ein mitteleuropäisches Land intensiv kennenzulernen, und die Erfahrungen, die ich hier mache, künftig auch in Deutschland weitergeben zu können. Allgemein sind wir in Deutschland und Ungarn zu einseitig nach Westen hin orientiert und sollten uns doch eher als Mittler zwischen unseren

östlichen und westlichen Nachbarn verstehen. An der Aussicht, in Budapest zu arbeiten, hat mich dann aber noch etwas anderes gereizt: Einer meiner Forschungsschwerpunkte ist die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der kommunistischen Vergangenheit. Die Aufarbeitung der Verbrechen dieser Zeit wurde in den letzten zwanzig Jahren viel zu sehr auf die nationale Ebene beschränkt (und in Ungarn noch dazu parteipolitisch instrumentalisiert). Dabei betrifft dieses Thema alle europäischen Länder – auch die westlichen, denn man muss sich doch die Frage stellen, wie die Ideologie des Marxismus-Leninismus so viele Anhänger (gerade auch an den Universitäten) haben konnte, während die Menschen im Ostblock der Unterdrückung durch die kommunistische Willkürherrschaft ausgeliefert waren. Meines Erachtens kann die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Begründung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa leisten, und ich würde mich freuen, wenn ich dazu im Rahmen meiner Tätigkeit an der AUB einen kleinen Beitrag leisten könnte.

Wo haben Sie vor ihre Tätigkeit an der AUB gelehrt? Ist es Ihre erste Erfahrung in einem multinationalen Umfeld?

In den letzten Jahren habe ich an der Uni Passau im Bereich der politischen Theorie und Ideengeschichte und der Internationalen Politischen Ökonomie gelehrt; dort habe ich mich auch habilitiert. Zudem hatte ich Vertretungsprofessuren in Erfurt und Regensburg inne und habe vier Semester an einer US-amerikanischen Universität, der University of Puget Sound in Tacoma (nahe Seattle) unterrichtet. Insofern habe ich Erfahrungen im Ausland, aber das multinationale Umfeld an der AUB halte ich für ziemlich einmalig: Es gibt sicher nicht viele Universitäten, wo unterschiedliche Kulturen so intensiv

aufeinandertreffen. Ich habe sowohl bei Studenten, als auch bei Kollegen mitbekommen, dass das eine sehr bereichernde Erfahrung ist – und wenn es mal zu Spannungen kommt, ist auch das Teil einer wichtigen Erfahrung, sofern man sich von anderen nicht nur abgrenzt, sondern bereit ist, auch sich selbst zu relativieren.

Nun haben Sie schon ein Semester in Budapest verbracht, was gefällt Ihnen am besten in der Stadt und an der AUB? Gib es auch nicht so positive Überraschungen?

Ich erlebe sowohl die AUB als auch Budapest als ein ausgesprochen anregendes Umfeld. Nach meinen ersten Eindrücken ist die Zusammenarbeit unter den Dozenten sehr kollegial und die Studenten sind zum großen Teil sehr engagiert und motiviert – die Arbeit macht mir deshalb große Freude. Zudem genieße ich nach der Zeit im schönen, aber recht beschaulichen Passau die Metropole Budapest. Als Berliner mag ich die Großstadt, und Budapest hat ein besonderes Flair: elegant und leger, stolz auf seine Geschichte und zugleich weltoffen. Natürlich sind die Probleme nicht zu übersehen – die zum Teil erschreckende Armut, der gelegentlich irritierende Nationalismus, das Problem schlecht integrierter Roma usw. Aber für einen Politikwissenschaftler ist die Auseinandersetzung mit diesen Problemen ja auch eine Herausforderung. Und an der AUB findet ein so reger Austausch zwischen Wissenschaftlern und Politikern, zwischen Experten unterschiedlicher Disziplinen und Nationalitäten statt, dass die Universität ein ideales akademisches Umfeld für eine produktive Auseinandersetzung mit den Problemen Ungarns und auch Europas darstellt.

Vielen Dank für das Interview! Wir wünschen Herrn Hansen viel Erfolg bei der Tätigkeit an der AUB!

Forschung und Tagungen

AUB ist Partner des neu gegründeten Internationalen Universitätsnetzwerks Politische Kommunikation



Am Mittwoch, den 14. September 2011, wurde in Niederösterreich der Vertrag für das Internationale Netzwerk für Politische Kommunikation (netPOL) unterzeichnet. Auch die Andrásy Universität Budapest (AUB) ist Netzwerkpartner des neu gegründeten Netzwerks netPOL von Universitäten aus vier verschiedenen Ländern. Mit länderübergreifenden Lehrprogrammen und Forschungsprojekten fördert netPOL eine interdisziplinäre Verknüpfung der Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Medien. Erklärtes Ziel von netPOL ist es, durch die Zusammenarbeit zwischen den Partnern und Partneruniversitäten, den Lehr- und Forschungsbereich der Politischen Kommunikation zu stärken, auszubauen und in den Fokus eines breiteren und internationalen Interessentenkreises zu rücken. Themenschwerpunkte der Netzwerkaktivitäten sind Europäische Politische Bildung, Wahl- und Politische Beteiligungsforschung, Public Affairs bzw. Lobbying, Medienforschung, Massenmediale Wirtschaftskommunikation sowie Strategie- und Netzwerkanalysen. netPOL wurde 2010/11

als Zusammenarbeit der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz mit der Andrásy Universität Budapest, der Deutschen Universität für Weiterbildung in Berlin, der Babes-Bolyai-Universität im rumänischen Cluj sowie externen Netzwerkpartnern aus dem tertiären Bildungssektor konzipiert. Initiator von und federführend für netPOL ist das Land Niederösterreich, vertreten durch die NÖ Bildungsgesellschaft (NÖBG). Zu weiteren Förderern zählt u.a. das Land Steiermark. Koordiniert wird netPOL durch das Institut für Strategieanalysen (ISA), die Entsendung von WissenschaftlerInnen erfolgt durch den Österreichischen Austauschdienst (OeAD). Die Koordination verläuft über



das Institut für Strategieanalysen (ISA). Am 14. September 2011 unterzeichneten die Partner des Netzwerks im Sankt Pöltener Landhaus in Niederösterreich den Vertrag für netPOL. Im Namen der Andrásy Universität Budapest unterzeichnete der Rektor der Universität, Prof. Dr. András Masát, den Vertrag. Die Aktivitäten des Netzwerks umfassen Projekte, im Rahmen von Medienforschung, politischer Orientierungshilfe, Wahlforschung und politischer Bildung, Akademischer Weiterbildung und Publikationen. netPOL plant ebenfalls ab dem Studienjahr 2012/13 ein gemeinsames Doktorandenprogramm im Bereich Politische Kommunikation. Zielsetzung ist ein stark an der Forschung orientiertes Curriculum, das neben hochwertigen Lehrveranstaltungen und der Dissertationsbegleitung vor allem eigenständige Forschungsarbeiten der DoktorandInnen vorsieht. An der AUB selbst wird netPOL durch Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Frau Mag. Melani Barlai, M.A. und Frau Dr. Christina Eva Griessler vertreten. Mehr Informationen zu netPol erhalten Sie unter www.netpol.at.



Das Doktoratskolleg der Fakultät MES stellt sich vor

Seit 1. Januar 2010 gibt es an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien ein vom österreichischen BMWF finanziertes Doktoratskolleg (DK). Wie definiert es sich, was sind seine Ziele und wie ist es entstanden? Und wer sind die DissertantInnen die dort beschäftigt sind?

Im Spätsommer 2009 begannen Verhandlungen zwischen dem österreichischen BMWF und der AUB über die Einrichtung eines Doktoratskollegs an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien. Nach der Genehmigung des Rahmenvertrags durch den Senat der Universität im Herbst 2009, nahm das Kolleg mit 1. Januar 2010 seine Arbeit auf. Ziel des Projekts ist es, die wissenschaftliche Forschung im Bereich Geschichte an der Universität im Allgemeinen und an der Fakultät MES im Besonderen zu fördern. Fachlich möchte das Kolleg erstklassige Arbeiten aus dem Themenfeld Mitteleuropäische Geschichte durch besondere Betreuung fördern. Gerade die Kleinheit der Universität bietet hier Möglichkeiten, die große Universitäten oft nicht haben. Die JungforscherInnen arbeiten tagtäglich zusammen und ergänzen so gegenseitig die jeweiligen Forschungen. Einzelne Arbeiten sind auch mit Projekten von an der Fakultät tätigen WissenschaftlerInnen eng vernetzt. Als wissenschaftliche Leiter fungieren Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder, Prof. Dr. habil. Georg Kastner und Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan. Jeder Jahrgang besteht aus vier DissertantInnen sowie einem Post-Doc, also einer Jungwissenschaftlerin oder einem Jungwissenschaftler mit bereits absolvierter Dissertation, die oder der die tägliche Betreuung übernimmt. Nach dem Start des Kollegs mit drei DissertantInnen im Januar 2010 folgte im Oktober 2010 der zweite Jahrgang, bestehend aus zwei Dissertantinnen zu denen im Frühjahr 2011 noch ein externer Fellow dazukam. Der dritte Jahrgang, bestehend aus vier DissertantInnen, begann seine Arbeit im Oktober 2011, so dass mit diesem Studienjahr der Vollausbau erreicht wurde.



Die Auswahl der TeilnehmerInnen erfolgte nach internationaler Ausschreibung im Zuge eines Hearings. Die BewerberInnen der ersten drei Jahrgänge stammten aus Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Rumänien, der Schweiz, Tschechien und Ungarn. Betreut werden die DoktorandInnen in ihrer Forschungsarbeit von Angehörigen der AUB und Angehörigen externer Forschungseinrichtungen. Den DoktorandInnen des Kollegs obliegen neben der Absolvierung des Regelstudiums für DoktorandInnen die Abfassung der Dissertation, die Organisation von gemeinsamen Tagungen und Publikationen, die Teilnahme an forschungsspezifischen Kongressen mit eigenen Vorträgen etc. Als erstes gemeinsames Projekt wurde im September 2010 die 1. Doktorandentagung „Mitteleuropäische Perspektiven“ des DK organisiert. Die Publikation der hier gehaltenen Vorträge befindet sich gerade im Druck. Die nächste Tagung ist für Oktober dieses Jahres geplant.

Zur „Tradition“ wurde die Präsentation einzelner Projekte im Rahmen der GSA, einer jährlich stattfindenden Konferenz der US-amerikanischen German Studies Association. Sowohl 2010 in San Francisco als auch 2011 in Louisville wurden die Präsentationen der „Delegierten“ äußerst positiv angenommen. Auch im Rahmen der Annual Conventions der Centers for Austrian and Central European Studies hatten einzelne VertreterInnen des DK die Möglichkeit ihre Forschungsthesen sowohl mit arrivierten als auch mit gleichaltrigen KollegInnen zu diskutieren. Die derzeit behandelten Themen sind vielseitig und decken u.a. die Bereiche, Militärgeschichte,

Kulturgeschichte oder Sozialgeschichte jeweils mit mitteleuropäischem Schwerpunkt ab.

Prof. Dr. habil. Georg Kastner

Die Mitglieder und ihre Themen:

1. Jahrgang:

- Mag. phil. Dorothea Faes, Thema: Geschichtsbilder / Identitäten Ostmitteleuropas in der deutsch-jüdischen Literatur der Zwischenkriegszeit
- Mag. Nicole-Melanie Goll, Thema: Hauptmann Godwin von Brumowski und der Mythos vom Österreichischen Kriegshelden
- Mag. Georg Hoffmann, Thema: Verbrechen an Westalliierten Flugzeugbesatzungen im Ost-Österreichischen und Ungarischen Raum 1944/45
- Éva Kósa M.A., Thema: Erinnerung, Trauer und Gedenken nach dem Weltkrieg

2. Jahrgang:

- Tímea Djerdj M.A., Thema: Formen der musikalischen Inszenierung von kulturellem Gedächtnis in Mittel- und Osteuropa nach 1945
- Mag. Friederike Gollmann, Thema: Die Wechselwirkungen zwischen nationalen und sozialen Spannungen in der ausgehenden Habsburgmonarchie
- Orsolya Lénárt M.A., Thema: Das Fremde und das Eigene. Ungarn in Eberhard Happers „Der ungarische Kriegsroman“

3. Jahrgang:

- Mag. Andra Octavia Draghiciu, Thema: Underground-Kultur im Kommunismus. Rumänien und Ungarn im Vergleich
- Mag. Maria Bianca Fanta, Thema: Die Arbeiter der Feder. Journalisten in kommunistischen Parteimedien in Österreich und der SBZ/DDR (1945-1956). Ein Analyse ihrer ideologischen und beruflichen Identität
- Fabienne Gouverneur M.A., Thema: Mitteleuropa für Angelsachsen – Mike Fodors journalistisches und persönliches Werk als vergessene Quelle der Mitteleuropaforschung
- Patrick Jajko M.A., Thema: Politische Systemumbrüche des 20. Jahrhunderts im topographischen Raum: Untersucht anhand von Kodierungen in Mitteleuropäischen Städten
- Mag. Erika Regner, Thema: Die ungarische Kulturpolitik im 20. Jahrhundert

Post. Docs:

- Henriett Kovács M.A.
- Dr. Richard Lein
- Dr. Ursula Mindler

5th Annual Convention of the Centers for Austrian Studies



Zwischen dem 26. und 29. Oktober 2011 fand an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien die 5th Annual Convention of the Centers for Austrian Studies statt. Diese Initiative, die von Seiten des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung gefördert wird, setzt sich zum Ziel, alljährlich die Doktorandinnen und Doktoranden der in den USA, Kanada, den Niederlanden, Österreich, Ungarn und Israel bestehenden Centers for Austrian Studies zu einem Treffen zu



versammeln, um so den interkollegialen Austausch zu fördern und den Studierenden die Vernetzung mit der internationalen Scientific Community zu erleichtern.

Als Eröffnung der Tagung am 26. Oktober fand eine Buchpräsentation in der Bibliothek des österreichischen Kulturforums an der AUB statt. Der 20. Jubiläumsband der Serie „Contemporary Austrian Studies“, „Global Austria – Austria’s Place in Europe and the World“ präsentiert. Drei Gastreferenten sprachen zum



Buch: Guenther Bischof (University of New Orleans), Anton Pelinka (Central European University Budapest), sowie Andreas Resch von der Wirtschaftsuniversität Wien.

„Memorandum of Understanding“ zwischen der Ankara Üniversitesi und der AUB



Ankara – die Hauptstadt der Türkei, das bedeutet irgendetwas zwischen 3,5 und 5 Millionen Einwohnern und mindestens 10 Universitäten. Mit dem Rektor einer dieser Hochschulen, der renommierten Ankara Üniversitesi (AÜ), unterschrieb der Rektor der Andrássy Universität Budapest (AUB), Prof. Dr. András Masát am 17.10.2011 ein „Memorandum of Understanding“ zur künftigen Zusammenarbeit.

Die AÜ mit ca. 40.000 Studierenden gilt gerade im Bereich der politischen Wissenschaften als die führende Hochschule in der Türkei. Dabei wird die Zusammenarbeit zunächst durch

die Möglichkeiten, die die Erasmus-Programme bieten, stattfinden. Gerade durch die nach wie vor hohe Bedeutung der deutschen Sprache in der Türkei besteht die Hoffnung, dass Studierende der AÜ den Weg zur AUB finden, während andererseits die Politologen in Ankara ein englischsprachiges Masterprogramm „Comparative Politics“ anbieten, was für Studierende der AUB von Interesse sein könnte. Auch im Bereich der Rechtswissenschaft könnten sich Ansätze einer vertieften Zusammenarbeit ergeben.

Prof. Dr. Masát, der bei seinem Besuch in Ankara am 17. und 18.10.2011 vom Prodekan der Fakultät für Internationale Beziehungen und von einem Studierenden der AUB begleitet wurde, wurde vom Rektor der AÜ, Prof. Cemal Taluğ, und der Prorektorin für internationale Angelegenheiten, Frau Prof. Yasmin Yalim empfangen. Daneben führte er noch Gespräche mit dem Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät,



dem Prodekan der Fakultät für politische Wissenschaft, der Leiterin der Abteilung für Hungarologie in der geisteswissenschaftlichen Fakultät, sowie dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, der Botschafterin von Österreich sowie dem Botschafter Ungarns, um sich auch der Unterstützung der diplomatischen Vertretungen für die Zusammenarbeit der Universitäten zu versichern. Ermöglicht wurde der Besuch in Ankara durch Unterstützung vom Auswärtigen Amt in Berlin.

Konferenz zur Roma-Strategie der Europäischen Union

Als bedeutende Teilnehmer waren Zoltán Balog, der Ungarische Staatssekretär für soziale Integration und Rita Izsák, UN-Beauftragte für Minderheitenfragen zur Konferenz über die Realitäten und Perspektiven der Roma-Strategien der Europäischen Union an der deutschsprachigen Andrássy Universität Budapest (AUB) am 24. November 2011 geladen. Izsák stellte die Ziele der ungarischen Roma-Strategie vor. Diese wird, zusammen mit den 26 anderen nationalen Roma-Strategien bis Ende des Jahres in Brüssel vorgelegt – so lautet die Zielvereinbarung der EU 27, die einer der größten Erfolge der ungarischen Ratspräsidentschaft ist.

Gesundheitszustandes sind ebenfalls feste Bestandteile des ungarischen Programms – so Izsák, die selber der Beás-Gruppe der Roma angehört. Zoltán Balog hob die ungarische Besonderheit der Roma-Strategie hervor, die zwei zusätzliche Bereiche in das Roma-Programm aufgenommen hat, nämlich den der inneren Sicherheit und der Kultur. Die zwei Extras setzen sich mit Kriminalität und mit dem, die Roma stark betreffenden Menschenhandel sowie ihrer kulturellen Identität auseinander. Das ungarische Programm setzt auf territoriale Lösungsmethoden. Das heißt, dass Lösungsstrategien somit abhängig vom jeweiligen

liegt. Roma sterben im Schnitt 10 Jahre früher als der Durchschnitt. Ihre Lage hat sich in den vergangenen 20 Jahren noch mehr verschlechtert, die uns alle zur sofortigen Handlung auffordert. Beide Referenten betonten die Erfolge der Roma-Politik. Balog nannte als wichtigsten Erfolg der nationalen Strategie Rita Izsák, die bei der UN unter anderen Minderheiten auch die Roma erfolgreich vertritt. Balog unterstrich die Wichtigkeit des weiteren Ausbaus der Minderheiten-Selbstverwaltungen. Heute gibt es 6000 Vertreter der Roma auf kommunaler Ebene. Die ambivalente Natur der Roma-Frage zeigt sich jedoch bei den Umsetzungsproblemen der Integrationsstrategie. Zurzeit herrsche ein „Ethnobusiness“ in Ungarn. „Wenn Geld aus Brüssel kommt, sind alle Roma da. Wenn die Polizei anklopft, sind sie alle weg“ – so Balog. Izsák nannte als eine der Hauptprobleme die Schwierigkeit, Roma zu definieren: „Wer sind die Roma? Wie definiert man Roma?“ Sie sprach das Problem ebenfalls an, dass es bislang an zuverlässigen Daten zu den Roma fehlt. Die Stärkung der Roma-Forschung ist somit eine dringende Notwendigkeit. Während der EU-Ratspräsidentschaft „[...] hat Ungarn die schmutzige Wäsche ohne vorhandenes Waschmittel ins Schaufenster gestellt.“ Nun hat Ungarn eine nationale Roma-Strategie, in der Schwachpunkte klar aufgezeigt worden sind. „Die Aufgabe der Regierung ist es jetzt, in der ambivalenten Situation richtig zu handeln und die Roma bei der Umsetzung einzubeziehen“ – betonte Balog. An der Konferenz nahm auch Iovanca Gaspar teil, die als einer der ersten Romni in Österreich gilt, die ein Diplom erworben hat. Sie referierte über Roma in Österreich, deren Integration im Vergleich zur ungarischen Roma als eine Erfolgsgeschichte zu betrachten sei. János Gyurok, Forscher an dem Institut für Romologie an der Universität der Wissenschaften von Pécs berichtete über seine Forschungsergebnisse, die er aus langjährigen Feldforschungen gesammelt hat sowie über die Entwicklung der Minderheitenrechte



Die nationalen Roma-Strategien weiten sich auf vier Bereiche aus: Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnverhältnisse. Zentraler, alle Bereiche umfassender Aspekt dabei ist der Schutz und die Wahrung der Grundrechte. Auch die ungarische Strategie setzt sich als eine der wichtigsten Ziele, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Roma und im Prozess der Arbeitsaufnahme die Reduktion von Diskriminierungserfahrungen. Einen weiteren zentralen Punkt der Strategie bilden die Verbesserung des Bildungsstandes der Roma sowie die landesweite Erhöhung bzw. Angleichung der Ausbildungsqualität in den Schulen. Die Verbesserung der Wohnqualität und des

Entwicklungsstand der Regionen angegangen werden. Dabei rücken die peripheren Regionen im Nordosten und Osten des Landes in den Fokus des Strategieplans. Balog präsentierte auch die offiziellen Daten zur Minderheit, demnach in Ungarn heute 750 Tausend Roma leben – davon etwa die Hälfte in tiefer Armut. Diese Zahl beträgt für Gesamtungarn 1,2 Millionen. Jeder Zweite ist also ein Nicht-Roma – unterstrich Balog. Somit ist die Armutsfrage nicht nur eine Roma-Frage, sondern ein Problem, welches genauso die ungarische Bevölkerung betrifft – so Balog. Erschreckend ist allerdings das durchschnittliche Lebensalter der ungarischen Roma, das weiter unter jener der Nicht-Roma

in Ungarn. Im Rahmen der Podiumsdiskussion wurden aus praktischer Sicht Erfolge, Misserfolge der aktuellen ungarischen Roma-Politik und Maßnahmen zur Bekämpfung der Probleme der Minderheiten beleuchtet. Anwesend bei der Diskussion waren Wissenschaftler, Leiter der Burratino Grund- und Fachmittelschule und der Burratino Kindertagesstätte sowie Politiker aus Kőbánya. Der Präsident der Selbstverwaltung der Roma-Minderheit in Kőbánya, István Fehér machte klar, dass das Roma-Problem in erster Linie die Roma selbst lösen können. In Hinsicht auf die Integrationsdebatte

forderte er Verständnis dafür ein, dass eine Integration nur schrittweise und langfristig erreicht werden kann. „Wir können nicht vom Erdgeschoss gleich in die 10. Etage hochklettern“ – so Fehér. Unter allen Teilnehmern herrschte Konsens, dass Bildung das optimale Mittel zur Bekämpfung der ungarischen Roma-Integrationsproblematik ist und dass die Roma-Strategie eine einmalige Chance für Roma in Europa sei. Die erfolgreiche und gut besuchte Konferenz endete mit Vorträgen von jungen Nachwuchswissenschaftlern der AUB.



„Wer den Kopf neigt, den erwischt der Säbel nicht“ Tagung in Passau



Wie prägen totalitäre Herrschaftssysteme die Mentalität und das politische Denken ihrer Untertanen, und kann eine solche Prägung noch zwanzig Jahre nach dem Untergang dieser Diktaturen nachgewiesen werden?

Diesen Fragen stellten sich vom 27.-29. Oktober 2011 die Teilnehmer der wissenschaftlichen Tagung „Die Prägung von Mentalitäten und politischem Denken durch die Erfahrung totalitärer Herrschaft am Beispiel der DDR“, die von PD Dr. Hendrik Hansen (Andrássy Universität Budapest), Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich und Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig (beide Universität Passau) an der Universität Passau organisiert wurde. Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten und verschiedener Nationalität kamen zusammen, um die Ergebnisse ihrer Forschung zur Diskussion zu stellen.

Bereits in den Eröffnungsvorträgen wurde deutlich, dass der Anspruch eines totalitären Systems wie dem

der DDR in nichts Geringerem als der Herrschaft über die Seele der Beherrschten besteht. Zentrale Erziehungsprinzipien zur Formung der sozialistischen Persönlichkeit waren die Erziehung zum Kollektiv und die Arbeit, gemäß der Devise des Sowjetpädagogen Makarenko: „sich dem Kollektiv beugen und dabei glücklich sein.“ Jede Abweichung von der gemeinschaftlichen Norm, ob im Denken oder Handeln, stand unter dem Generalverdacht des „Individualismus“, welcher als Inbegriff des bürgerlichen Geistes dem Verdikt verfiel.

Im Rahmen der Tagung wurden zahlreiche Nachwirkungen der totalitären Prägung – insbesondere durch die SED-Diktatur, aber auch in Ungarn und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten – thematisiert: Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung in Form von Bindungsängsten und Konfliktverweigerung als Konsequenz der rigiden DDR-Krippenerziehung, Weitergabe der Traumata politisch Verfolgter an ihre nächsten Angehörigen, Persistenz bestimmter DDR-Mentalitäten im vopolitischen Raum. Auch der Rechtsextremismus in mittel- und osteuropäischen Staaten und das Phänomen der Verehrung von autoritären Führerfiguren in der Ukraine und Russland wurden in den Blick genommen.

Dass hinter den abstrakten wissenschaftlichen Fragen konkrete Schicksale stehen, wurde durch den Vortrag des rumänisch-deutschen Schriftstellers und heutigen stellvertretenden Direktors der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, Helmuth Frauendorfer, vor Augen geführt, der durch die Schilderung seiner persönlichen Erlebnisse als Dissident im Ceausescu-Rumänien zeigte, dass es Lebensumstände gibt, deren existentielle Tiefe sich wohl nur mit den Mitteln der Dichtung ausloten lässt.

Die kommunistischen Diktaturen haben die Kontrolle über die Gedanken ihrer Untertanen angestrebt; in welchem Ausmaß ihnen das gelungen ist, bleibt weiterhin zu erforschen. Klar ist, dass ein hohes Maß an Anpassung für jeden Menschen in einer Diktatur überlebensnotwendig war und ist, denn – so ein rumänisches Sprichwort – „wer den Kopf neigt, den erwischt der Säbel nicht“.

Die Beiträge der Tagung werden im Herbst 2012 von Hendrik Hansen und Barbara Zehnpfennig im zweiten Band der neu gegründeten Schriftenreihe „Andrássy Studien zur Europaforschung“ im Nomos-Verlag herausgegeben.

Luise Wiegand (Berlin) / Christina Kast (Passau)

Studierende berichten

Teilnahme am MIDAS Aron Ballot Study Visit



MIDAS steht für „Minorities Daily Newspaper Association“ und ist ein seit etwa zwanzig Jahren bestehender Verband täglich erscheinender

Minderheitenzeitungen. Jedes Jahr treffen sich deren Journalisten um sich auszutauschen und das Netzwerk weiter auszubauen. Dieses Jahr fand der MIDAS Aron Ballot Study Visit im Zeitraum vom 8. bis zum 12. November in Bozen / Bolzano statt. Begleitet wurde das Programm durch den Workshop „Generating Trust by means of culture in multi-ethnic environment“. Die Idee des Projektes ist, durch kulturelle Kommunikation, ethnische und politische Konflikte zu überwinden. Das Programm wurde 2007 vor dem Hintergrund der slowakisch-ungarischen Spannungen ins Leben gerufen. Mittlerweile ist es auch auf EU-Ebene etabliert. Dieses Jahr nahmen zum erstenmal auch Studierende der AUB (B. Demeter, K. Hittner und S. Sparwasser) an dem Programm teil. Als Plattform diente die Europäische Akademie (EURAC) in Bozen. Schon am ersten Abend begann das kulturelle Programm mit einer Ausstellung des renommierten rumänischen Künstlers Dan Perjovschi. Seine Kunst ruft zu einem kulturellen Dialog auf, indem der Betrachter dazu aufgerufen wird Kunst selbst mitzugestalten. Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung traten eine ladinischsprachige Band und die ungarisch-armenische Formation 4 Free Birds in den Empfangsräumen der EURAC auf. Am zweiten Veranstaltungstag bekamen die

Studierenden die Möglichkeit durch Vorträge und Exkursionen die historische und gegenwärtige Situation multikulturellen Zusammenlebens in Südtirol theoretisch und praktisch zu erfahren. Der autonome Status der Provinz Südtirol gilt vielen als Musterbeispiel für den Umgang mit Minderheiten. Zunächst führten Günther Rautz, wissenschaftlicher Mitarbeiter und MIDAS-Projektleiter, und Annelie Bortolotti, Projektkoordinatorin für „Generating Trust“, in Ziele und Abläufe des Programms ein. Es folgte ein Vortrag zum Autonomiemodell Südtirols vorgetragen durch Sergiu Constantin, Mitarbeiter am Institut für Minderheitenrechte an der EURAC in Bozen. Nachmittags bekamen die Studierenden die Gelegenheit im Rahmen einer Stadtführung Bozen besser kennenzulernen. Im Anschluss daran wurde eine weitere Besonderheit der Stadt, die dreisprachige Freie Universität Bozen, vorgestellt. Am Donnerstag trafen sich die Teilnehmer im Museum für zeitgenössische Kunst, dem „Museion“ und erhielten eine Führung durch die Ausstellung. Im Anschluss daran wurde das Verlagshaus der deutschsprachigen Tageszeitung „Dolomiten“ besucht. Besonders für die teilnehmenden Minderheitenjournalisten bedeutete dieser Programmpunkt eine gute Möglichkeit einen Eindruck davon zu bekommen, wie die deutsche Minderheitenredaktionen in Südtirol arbeiten und mit welchen Problemen sie im alltäglichen Arbeiten konfrontiert werden. Im Rundgang durch die Druckerei bekam alle zudem einen Eindruck von den Produktionsabläufen



und der Logistik. Im Anschluss an den Besuch der Redaktionsräume stellten sich die Teilnehmer in einer Diskussionsrunde den Fragen der Journalisten. Die Studierenden der AUB schilderten ihre Eindrücke der Minderheitensituation in Südtirol. Und am Abend besuchte man das traditionsreiche Weingut Alois Lageder. Der Höhepunkt der Reise war das Treffen mit den Regierungsvertretern im südtirolischen Parlament. Parlamentspräsident Mauro Minitti erklärte die Funktionsweisen des Landtags und stellte sich den Fragen der Journalisten. Zudem hatten bestand die Möglichkeit mit Präsidialsekretärin Veronika Stirner zu sprechen. Den Abschluss des Workshops bildete eine Podiumsdiskussion mit Vertretern kultureller Institutionen in und um Bozen. Für die Studierenden war der Besuch sehr lehrreich, denn durch die verschiedenen Vorträge und Seminarveranstaltungen konnten sie vieles rund um die Minoritätenproblematik in Südtirol theoretisch erfahren. Gleichzeitig konnten sie durch die Besuche in den verschiedenen Kulturinstitutionen, Redaktionen und dem Parlament einen Eindruck davon gewinnen, wie kulturelle Autonomie praktisch funktioniert.

Blanka Demeter, Krisztina Hittner und Sebastian Sparwasser

AUB-Studierende beim Model UN in New York 2012

Neben der Tatsache die einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschsprachigen Raums zu sein, kann sich die Andrássy Universität

Budapest (AUB) seit Neuestem über eine weitere „Einzigartigkeit“ freuen: Als einzige Hochschule in ganz OstmitteleuropawirdsieeineDelegation

zum National Model United Nations (NMUN) 2012 entsenden können. Hierbei handelt es sich um die weltweit größte Simulationskonferenz der

Vereinten Nationen, die vom 1. bis zum 5. April 2012 stattfindet und sich von ähnlichen Veranstaltungen dieser Art vor allen Dingen dadurch hervorhebt, dass sie am Originalschauplatz, dem Sitz der Vereinten Nationen in New York, abgehalten wird. Wie die Studierendenschaft der Universität insgesamt, setzt sich auch die 12-köpfige NMUN-Delegation aus Studierenden mit unterschiedlicher Herkunft (die Teilnehmer stammen aus Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kroatien, Serbien und Ungarn), aus verschiedenen Fachgebieten, sowie Fakultäten der AUB zusammen. Alle eint jedoch der Wunsch, einmal selbst Teil der komplexen Strukturen, Verhandlungen und Entscheidungsprozesse im Rahmen der Vereinten Nationen zu sein und die Universität erfolgreich nach Außen zu vertreten. Bevor es allerdings im



April 2012 so weit ist, erwartet alle Teilnehmer eine intensive und vielseitige Vorbereitungsphase – geplant sind ein wöchentliches Tutorium, ein eigens von der Universität organisiertes Seminar zum Thema Vereinte Nationen, sowie ein Sprachkurs in „Verhandlungsendlich“ und eine „Probesimulation“ mit anderen Universitäten aus der Region. Zusätzlich ist der regelmäßige Austausch mit aktiven und ehemaligen Diplomaten angedacht, die durch eigene Erfahrungen und Hintergrundwissen

einen wertvollen Beitrag zum Erfolg des gesamten Projekts liefern werden. Auch im Bereich des bei der Simulation zu vertretenden Landes wurde Wert darauf gelegt, den ostmitteleuropäischen Raum als Interessensfokus der Universität nicht außer Acht zu lassen. Daher werden die NMUN-Delegierten in New York die Republik Moldau vertreten. Aus diesem Grund wird sich ein gesonderter Teil der Vorbereitungsphase ausführlich mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten des Landes beschäftigen. Die dabei geknüpften Kontakte zu Vertretern Moldaus, seien es Politiker, Diplomaten oder andere Studierende, werden sicherlich auch dazu beitragen den Bekanntheitsgrad der Universität dort zu steigern.

Azra Avdagic

Exkursion nach Brüssel



Ende des vergangenen Jahres reisten 31 Studierende der AUB gemeinsam mit Herrn Prof. Dieringer, Frau Hemler und Herrn Dötsch nach Brüssel, um dort Funktion und Wirken der Europäischen Union aus erster Hand zu erfahren. Die alljährliche Exkursion ist Bestandteil des Seminars zum politischen System der EU und ist im Studienprogramm IB für das erste Semester vorgesehen, so dass die Reisegruppe – mit ein paar Ausnahmen – aus ‚Erstis‘ bestand.

Den Einstieg in das Brüsseler politische Leben, zumindest in EU-Belangen, bot der Besuch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, in der den Studierenden durch die drei Referenten die Arbeit einer Staatsvertretung bei der Europäischen Union nähergebracht wurde. Dabei wurde zunächst Grundlegendes über die „StäV“ selbst erklärt, danach wurden die Aktivitäten in den Bereichen von Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wettbewerbspolitik konkret erläutert.

Am Nachmittag stand der Besuch des Ministerrates auf dem Programm, bei dem die Gruppe dessen Arbeitsweise und insbesondere die Rolle der Sprachjuristen vorgestellt bekam. Den dritten Tag verbrachte die Gruppe weitestgehend mit Vorträgen in den Räumen der Kommission, die verschiedene Themenbereiche wie z.B. EU-Beihilfen, Energie- oder auch Regionalpolitik abdeckten. Am frühen Abend besuchten die Studierenden ein Kuriosum in der Brüsseler Institutionenlandschaft, nämlich das Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages. Auch hier wurden Arbeitsweise sowie Verhältnis zu anderen Institutionen dargestellt und die Fragen der interessierten Studierenden ausführlich beantwortet. Der vierte Tag war vornehmlich für Vorträge durch Mitglieder und Mitarbeiter des Europäischen Parlaments vorgesehen, insgesamt sechs. Dabei konnten die Studierenden einen Eindruck sowohl von der Arbeit der Parlamentarier gewinnen, als auch einen „Blick hinter die Kulissen“ werfen und die Tätigkeiten von Assistenten, Sprachjuristen und Dolmetschern kennenlernen. Für den Nachmittag war der Besuch der „StäV“ der Republik Österreich angesetzt, bei dem es im

Hauptvortrag um das brandaktuelle Thema der europäischen Wirtschaft und der Gemeinschaftswährung ging. Die Frage- und Diskussionsrunde im Anschluss an diesen Vortrag war sicherlich die bewegteste dieser Brüsselexkursion. Den Abschluss des offiziellen Programmes bildete der Besuch der Vertretung des Freistaates Bayern, die – zumindest bei ihrer Gründung – ebenfalls ein Kuriosum in der EU-Landschaft war. Es war interessant, die Arbeit einer subnationalen Vertretung bei einer supranationalen Organisation erläutern zu bekommen. Der gemütliche Abend des vierten Exkursionstages, mit nahezu allen Mitreisenden, bildete einen schönen Abschluss einer eindrucksvollen Fahrt. Die Studierenden danken den Organisatoren und Unterstützern der Fahrt, die es gerade den neuen Studierenden der AUB ermöglicht hat, gleich zu Beginn ihres Masterstudiums, einmal die EU-Welt aus nächster Nähe zu erleben – und darüber hinaus schon die Bekanntschaft einiger Alumni zu machen, die als Referenten in Brüssel das Programm mitgestaltet haben.

Philipp Siegert

Kurze Nachrichten

Andrássy Netzwerktreffen und Oktoberfest 2011



Als am Freitag, dem 16.09.2011, gegen 16 Uhr die Aussteller des diesjährigen Andrássy Netzwerktreffen das Informationsmaterial auf ihren Präsentationstischen ausgebreitet hatten, waren auch schon die ersten interessierten Studierenden und Alumni der AUB vor Ort, um sich über die Angebote und Karrierechancen der Unternehmen und Organisationen zu informieren.

Unter den diesjährigen Ausstellern auf dem Netzwerktreffen befanden sich das Österreichische Kulturforum, die Budapester Zeitung, die Bibliothek des Goethe-Instituts Budapest, das Alumniportal Deutschland, Union Biztosító, E.ON Hungária Zrt., netPOL - Internationales und Interuniversitäres

Netzwerk Politische Kommunikation, die Europaschule, das DAAD Informationszentrum, das YCDN (Young Citizen Danube Network), der Alumni-Verein der AUB und das Festetics Palais.

Unter den ca. 80 Besucherinnen und Besuchern des Netzwerktreffen befanden sich auch Professorinnen und Professoren, Lehrkräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AUB, welche sich ebenfalls interessiert an die Präsentationstische begaben und sich mit Geschäftspartnern austauschten sowie neue Kontakte knüpften. Das Grußwort des Rektors, Prof. Dr. András Masát, und des Kanzlers der AUB, dr. Ákos Domahidi, unterstrich den Gedanken des Netzwerktreffen deutlich, wo ein Austausch zwischen Angehörigen der AUB, Geschäftspartnern und ausgesuchten Unternehmen sowie Organisationen in einem stimmungsvollem Rahmen stattfinden soll.

Das Andrássy Netzwerktreffen, welches bis 20 Uhr in den festlichen Räumen des Festetics Palais, der Heimstätte der AUB, im stilvollen Spiegelsaal stattfand, wurde von einem historisch eingerichteten Mövenpick-Kaffeehaus im Andrássy-Saal begleitet, wo alle Gäste Kaffee, Tee, Erfrischungsgetränke



oder einen kleinen Happen zu sich nehmen konnten.

Im Anschluss gab es dann die Möglichkeit im Innenhof der Universität dem Paulaner-Oktoberfest beizuwohnen, wo bei Bier, Wurst und Brezel sowie Musik von den Werischerer Burschen und Sissy noch lang bis in die Nacht gefeiert wurde.



Universität

Parlamentsstipendiaten wieder an der AUB



Bereits zum vierten Mal in Folge, seit 2008, besuchten wieder junge ParlamentspraktikantInnen Einführungskurse an der Andrassy Universität Budapest (AUB), welche ihnen im Rahmen des Ungarischen Parlaments-Stipendium Einblicke in die Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte Ungarns gaben.

Das 1986 seitens des Deutschen Bundestages ins Leben gerufene Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) eröffnet zurzeit ungefähr 120 jungen Menschen aus 28 verschiedenen Ländern die Chance, durch ein Praktikum bei

BundestagsabgeordnetInnen einen tiefen Einblick in das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu erwerben. Ziel ist es, die Beziehungen zwischen teilnehmenden Staaten zu fördern und demokratische Werte, Toleranz, kulturelle Vielfalt sowie ein friedliches Zusammenleben zu festigen. Seit 1990 nehmen an dem Stipendien-Programm des Deutschen Bundestages auch jährlich etwa fünf junge ungarische StaatsbürgerInnen teil.

Die positive Resonanz der ungarischen Stipendiaten auf das IPS veranlasste das Ungarische Parlament ebenfalls eine Stipendienmöglichkeit für deutsche Studierende und BerufsanfängerInnen zu schaffen, um den Austauschcharakter zu stärken. Mit dem Ungarischen Parlaments-Stipendium (hps) findet nun seit 2008 ein wechselseitiger Parlamentsaustausch für junge Menschen beider Länder statt. Ungarn ist damit eines von

bisher vier Ländern, welche im Rahmen bilateraler Vereinbarungen Studierenden und Berufstätigen aus Deutschland die Möglichkeit eines Parlamentspraktikums eröffnet haben. Ziel ist es, den Stipendiaten einen vertiefenden Einblick in das politische System der Republik Ungarn zu ermöglichen.

In diesem Programm übernimmt die AUB, im Rahmen einer Kooperation mit dem ungarischen Parlament, bereits zum vierten Mal die Einführungskurse über Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte Ungarns. Neben dem intensiven Einführungskurs, gehalten von anerkannten Professoren, wie Prof. Dr. Andreas Oplatka, Dr. Marcell Mártonffy, Prof. Dr. Dietmar Meyer und Dr. Zoltán T. Pállinger, haben die Stipendiaten während ihres Aufenthaltes auch noch die Möglichkeit die Lehrveranstaltungen, weitere Programme oder die Bibliothek der AUB zu besuchen.

Vizepräsident des Deutschen Bundestages hielt Infoveranstaltung zum IPS



Im Rahmen einer Infoveranstaltung zum Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) im Deutschen Bundestag besuchte am 10.10.2011, Herr Eduard Oswald, MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages die Andrassy Universität Budapest (AUB) und informierte interessierte Studentinnen und Studenten über das Stipendium. Herr Eduard Oswald, welcher den Vorsitz des diesjährigen Auswahlgremiums des IPS innehat, hielt einen informativen Vortrag zum Stipendium vor rund 30 interessierten Studentinnen und Studenten. Im Anschluss beantwortete er die zahlreichen Fragen der Interessierten und traf sich mit seiner Delegation und dem Rektor der AUB, Herr Prof. Dr. András Masát zu informellen Gesprächen. Mit dem Internationalen Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages erhalten jedes Jahr fünf Ungarinnen und Ungarn die Gelegenheit, das deutsche parlamentarische System

in Theorie und Praxis kennen zu lernen. Bewerben können sich junge Universitätsabsolventinnen und -absolventen, die sich aktiv für demokratische Grundwerte engagieren wollen. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden während einer 15-wöchigen Tätigkeit bei einem Mitglied des Bundestages in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros integriert. Sie erhalten einen Einblick in das parlamentarische System sowie die politischen Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik. Ein attraktives Seminarangebot ergänzt das Programm.

Nähere Informationen zum Internationalen Parlaments-Stipendium finden Sie unter <http://www.bundestag.de/ips>

Herbstlicher Tag der offenen Tür an der AUB

Am Mittwoch, dem 17.11.2011 beging die Andrássy Universität Budapest (AUB) ihren allsemesterlichen Tag der offenen Tür mit einem vielfältigen Programm von 9 bis 21 Uhr. Die Türen der AUB standen auch diesmal für Interessierte offen, um sich über die Universität zu informieren,

Probenaufnahmeprüfungen zu machen oder einen Eindruck von den Lehrveranstaltungen zu gewinnen. Am Nachmittag wartete die Universität dann mit einem buntem Programm zum Treff deutschsprachiger ERASMUS-Studierender auf. Dabei bestand das Programm, unter anderem,

aus ungarischem Film mit deutschen Untertiteln sowie einem gut besuchten gemütlichen Abend an der AUB mit Glühwein, Gebäck und Musik, welcher zum regen Austausch zwischen den externen und AUB-Studierenden führte.

Fakultäten

Fakultät IB

Ringvorlesung „Demokratie und Religion“

Die Tradition der Ringvorlesung an der Fakultät IB wurde auch im Wintersemester 2011/2012, mit einem, wegen aktuellen Entwicklungen, sehr viel diskutiertem Thema „Demokratie und Religion“, fortgesetzt. Die Einführungsveranstaltung „Gegeneinander, Miteinander oder Nebeneinander? Stellenwert der Religion im modernen demokratischen Rechtsstaat“ hielt der Dekan der Fakultät Dr. Zoltán T. Pállinger am 12. Oktober. Gleich am 26. Oktober wurde die Reihe mit der besonders spannenden Frage „Islam und Demokratie“ fortgesetzt. Dr. Dr. Rolf F. Krause, Professor der Fakultät IB für Diplomatie und Islamwissenschaftler, bot den Zuhörern einen Einblick in dieses Thema. Am 9. November war ein hochkarätiger Gast zu begrüßen: S.E. Dr. Péter Erdő, Erzbischof von Budapest und Esztergom mit dem Vortrag „Kirche und Demokratie“ (in gedruckter Form in dieser Ausgabe zu lesen) sprach im gefüllten Spiegelsaal. Im Verlauf der Ringvorlesung, am 23. November wurde das Thema von einem weiteren Gesichtspunkt betrachtet; Pfarrer J. Erlbruch sprach über „Demokratie und evangelische Kirche“. Zum Abschluss wurde die spannende Reihe mit einem Vortrag von PD Dr. H. Hansen gebracht. Er sprach am 7. Dezember zum Thema „Demokratiemodernisierung des radikalen Islamismus“.

Öffentlicher Vortrag der Konrad-Adenauer-Vorlesung

Die Andrássy Universität Budapest und

die Konrad-Adenauer-Stiftung luden am 22. September zum öffentlichen Vortrag im Rahmen der Konrad-Adenauer-Vorlesung der Fakultät IB im Wintersemester 2011 ein. Prof. Dr. Daniel Göler, Professur für European Studies, Philosophische Fakultät, Universität Passau hielt einen Vortrag über das Thema „Die europäische Energiegemeinschaft: Ein Modell für neue Kooperationsformen im Donaauraum“.



POL&IS

Für Aufmerksamkeit an der AUB sorgte am 29. September 2011 die Veranstaltung POL&IS. Das Simulationsspiel für Politik und Internationale Sicherheit dauerte zwei Tage und wurde unter der Leitung von Jugendoffizieren der deutschen Bundeswehr, Hauptmann Rolf Ollinger und Hauptmann Gerrit Hohmann, durchgeführt. Das Simulationsspiel sollte den Studierenden eine Möglichkeit bieten „Vollversammlungen der UNO“ hautnah zu erleben und einen Vorgeschmack bieten, wie solche multilateralen Verhandlungen in Wirklichkeit aussehen.

AUB flashlight

Angeregt durch die aktuellen Entwicklungen im Arabischen Raum fand am Abend des 24.10.2011 erneut eine aktuelle Diskussionsveranstaltung der Fakultät für Internationale Beziehungen („AUB flashlight“) statt: Vor dem Hintergrund der Tatsache,

dass am 23.10.2011 in Tunesien die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden haben, berichtete Frau Botschafterin a.D. Dr. G. Matzner, bis vor wenigen Jahren österreichische Missionschefin in Tunis, über die aktuellen Entwicklungen in Tunesien. Angesichts der äußerst aktiven zivilgesellschaftlichen Szene im Land zeichnete sie ein (verhalten) optimistisches Bild für die Zukunft, wies aber nachdrücklich darauf hin, dass die wirtschaftlichen Probleme des Landes dringend auch mit europäischer Unterstützung angegangen werden müssen, um möglichen Radikalisierungstendenzen innerhalb der Bevölkerung vorzubeugen. An der Veranstaltung nahmen neben Angehörigen der AUB auch einige Gäste von Außerhalb, einschließlich des israelischen Botschafters, teil.

Carl-Lutz-Vortrag

Die Fakultät IB der AUB und die Schweizerische Botschaft in Ungarn organisierten eine Veranstaltung der Reihe Carl-Lutz-Vorträge am 14. November im Spiegelsaal zum Thema: „Direkte Demokratie und Menschenrechte in der Schweiz: Von der Harmonie zur Dissonanz?“ Zum gerade in jüngerer Zeit sehr kontrovers diskutierten Thema sprach Prof. Dr. Andreas Kley von der Universität Zürich.



Schuldenregeln-Symposium

Am 8. Dezember veranstaltete die Fakultät IB ein Symposium zu einem

weiteren sehr aktuellen Thema, wo Vertreter aus Wissenschaft und Politik Gedanken über die Behebung der Europäischen Schuldenkrise austauschen konnten. Zuerst sprach Dr. Györgyi Nyikos, Stellv. Staatssekretärin für Entwicklung im Ministerium für Nationale Entwicklung, über „Fiskalregeln als Instrumente für einen nachhaltigen Haushalt in Ungarn“, gefolgt von Dr. William Brunton, Stellvertretender Leiter der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister, der zum Thema „Haushaltsüberwachung im innerstaatlichen Kontext - der Fall Deutschland“ berichtete. Dr. Werner Ebert vom Bundesministerium der Finanzen in Berlin hielt seinen Vortrag über „Erste Erfahrungen und Weiterentwicklung der Schuldenbremse in Deutschland und Europa“. Nach der Kaffeepause sprachen Dr. Zoltán T. Pállinger und Dr. David R. Wenger, schweizerische Professurleiter der AUB, über „Gesunde Staatsfinanzen in der Schweiz“: Herr Pállinger über „Die Schuldenbremse im Kontext der kantonalen Institutionen“, Herr Wenger über „Die

Schuldenbremse im Bund“. Den letzten Vortrag des Nachmittags hielt Prof. Dr. Martina Eckardt, Professorin der AUB, zum Thema „Budgetinstitutionen und Fiskalregeln als Instrumente für einen nachhaltigen Haushalt - ein Über- und Ausblick“. Die Veranstaltung wurde am Ende durch eine Paneldiskussion abgerundet.

Roundtablegespräch

Am 12.12.2011 fand ein Roundtablegespräch zum Thema „Deutsch-Ungarische Wirtschaftsbeziehungen - ein Weg aus der Krise“ statt. Zum aktuellen Thema diskutierten Manfred Bey (Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsclubs), Arne Gobert (Rechtsanwalt Gobert & Partners), Kay-Uwe Blandow (Geschäftsführer IVG Immobilien Kft. Ungarn), Tamás Wiedemann (Magyar Nemzet), Márton Gergely (Népszabadság online), Balázs Wéber, (Világgazdaság), Prof. Dr. Stefan Okruch sowie Prof. Dr. Martina Eckardt (beide AUB). Die Veranstaltung wurde an der AUB in Kooperation mit der Botschaft der

Bundesrepublik Deutschland Budapest und dem Deutschen Wirtschaftsclub Budapest organisiert und fand im Nachgang ebenfalls ein Echo in der internationalen Presse.

Weitere Kontakte nach Osten

Die Werbemaßnahmen der vergangenen Semester wurden durch den Auslandsbeauftragten der Fakultät IB fortgesetzt. Mit Gesprächen in Tiflis und Bischkek, einschließlich Fachvorträgen an verschiedenen dortigen Universitäten, wurden Kontakte ausgebaut. Anfang März 2012 ist ein entsprechender Besuch in Baku vorgesehen.

Exkursion nach Berlin

Im Oktober 2011 fand eine Exkursion von 12 Studierenden der AUB mit Besuchen im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie einer Diskussionsveranstaltung in der Stiftung Wissenschaft und Politik unter der Leitung von Prodekan Dr. Dr. Rolf F. Krause nach Berlin statt.

Fakultät MES

Gastvortrag von Univ.-Prof. Dr. Andrea Seidler „Wem gehört der Autor?“

Am 24. November 2011 konnten Interessenten in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums an der Andrássy Universität Budapest den Vortrag von Univ. Prof. Dr. Andrea Seidler, Dekanin der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien mit dem Titel „Wem gehört der Autor? Mitteleuropäische Literatur als deutschsprachige Literatur: Das Beispiel Ungarn“ hören. Die Professorin brachte die Frage

hervor, nach welchen Kriterien, nach Erscheinungsort oder eher nach der Nationalität der jeweiligen AutorInnen, in der mitteleuropäischen Region die literarischen Werke eingeordnet sein können.



Buchpräsentation von Dr. Ursula Mindler

Am 15. Februar 2012 fand in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums an der AUB die Vorstellung des Buches „Grenz-

Setzungen im Zusammenleben. Verortungen jüdischer Geschichte in der ungarischen/österreichischen Provinz am Beispiel Oberwart/Felsőőr“ von Frau Dr. Ursula Mindler, Postdoc der Fakultät MES statt. Die Buchpräsentation fand in Form eines Gesprächs zwischen Gerald Lamprecht (Leiter des Zentrums für Jüdische Studien Graz) und der Autorin statt und gab den Zuhörern einen kurzen Einblick in den Inhalt des Buches.



Fakultät VSR

Konrad-Adenauer-Vorlesung

In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung fand auch in diesem Jahr vom 05. bis 08.09.2011 die Konrad Adenauer-Vorlesung an der AUB statt. Bei der Vorlesung von Prof. Dr.

Wilfried Berg ging es um „Grundzüge des deutschen und europäischen Wirtschaftsverfassungsrechts im Vergleich“. Angesprochene Themen waren etwa Wirtschaft als Gegenstand des Zivil-, Öffentlichen und Strafrechts, die Wirtschaftsverfassung

des Grundgesetzes, Wirkungen der Grundrechte im Wirtschaftsrecht, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Wirtschaftsverfassung der EU. Als Abschluss dieser Veranstaltung hielt Prof. Dr. Berg einen öffentlichen Vortrag mit dem Titel „Geschichte und

Zukunft des deutschen Grundgesetzes. Der Weg aus dem Unrechtsstaat in einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“.



Caroline Hemler „Effektivitätsprobleme im Welthandelsrecht“

Frau Hemler, als eine der wissenschaftlichen Assistentinnen

der Fakultät VSR, hielt am 16.11.2011 einen Vortrag im Rahmen der Nachwuchsförderung des „Andrássy Workshops für die Grundlagen des Verfassungsrechts“. In ihrem Vortrag befasste sich Frau Hemler mit dem Thema „Effektivitätsprobleme im Welthandelsrecht – Startschuss für eine effe-utile Rechtsprechung durch den WTO Dispute Settlement Body?“.

Vortrag von Dr. David R. Wenger „Verfassungskritik damals und heute“

Der zweite Termin im Wintersemester des „Andrássy Workshops für die Grundlagen des Verfassungsrechts“ der Fakultät VSR fand am 14. Dezember 2011 statt. Herr Dr. David R. Wenger LL.M. Professurleiter für Völkerrecht und Öffentliches Recht der Fakultät sprach über „Verfassungskritik damals und heute“.

Donau-Institut & Doktorschule

Online-Ringvorlesung

Im Rahmen der neu eingerichteten Zusammenarbeit mit netPOL ist ab dem 1. Februar 2012 eine Reihe von online übertragenen Vorlesungen der beteiligten Universitäten gestartet. Am 1. Februar konnten Interessenten im PC-Raum der AUB die Übertragung des Vortrages „Welchen Wert hat Bildung in der DonauRegion?“, gehalten von Dr. Katarina Popović (Universität Belgrad), verfolgen. Im Mai wird eine Veranstaltung der Reihe an der AUB abgehalten und von Budapest aus übertragen. Dr. Jenő Kaltenbach wird zu diesem Anlass über Minderheitenrechte referieren.

Donau-Institut und Doktorschule erhalten europäische Fördermittel

An der AUB wird im Rahmen der Ausschreibung TÁMOP-4.2.2.B-10/

I-2010-0015 das Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung sowie die hauseigene Doktorschule unterstützt. Im Projekt wird die Qualität der zurzeit aus 20 Personen bestehenden Doktorschule der Universität jährlich mit der Anstellung von voraussichtlich 18 in- und ausländischen DozentInnen und ForscherInnen sowie einer zusätzlichen wissenschaftlichen Hilfskraft gesichert. Weiterhin wird angestrebt den Forschungserfolg unserer DoktorandInnen mit der Organisation von voraussichtlich sechs Konferenzen und der Veröffentlichung von ca. 30 Publikationen zu erhöhen. Um die Wirksamkeit dieser Arbeit zu steigern wird die entsprechende Infrastruktur der Doktorschule gesichert.



TÁMOP-4.2.2.B-10/1-2010-0015

Erfolgreiche Disputationen an der Doktorschule

Am 13.12.2011 fand die erfolgreiche Disputation der Dissertation von Herr András Hettyey zum Thema „Living with a Failed State: Somalia and the States of the East African Regional Security Complex 2009-2011“ an der Interdisziplinären Doktorschule der AUB statt. Ebenfalls konnte Herr Miklós Szirbik am 13.02.2012 seine erfolgreiche Disputation zur Dissertation mit dem Titel „Interkommunale Kooperation und Vergaberecht – Wettbewerb für oder gegen staatliche Daseinsvorsorge?“ halten.

Wir gratulieren beiden Absolventen zum Dokortitel!

Personalia

Die Leitung der Fakultät MES wurde im September 2012 von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder an Herrn Prof. Dr. habil. Georg Kastner übergeben. Herr Prof. Binder amtierte von 2006 bis 2011.

Die AUB begrüßte im September 2011 Prof. Dr. Hendrik Hansen an der Fakultät VSR.

Die AUB heißt weiterhin seit dem Wintersemester 2011 Frau Dr. Christina Griessler und Frau Mag. Melanie Barlai, Mitarbeiterinnen des Netzwerks netPOL, an der Universität willkommen. Frau Griessler und Frau

Barlai sind auch als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der Fakultät IB und der Doktorschule tätig. Die drei Fakultäten sind seit September 2011 um weitere wissenschaftliche MitarbeiterInnen verstärkt. Frau Janina Apostolou, Frau Anja Lechner und Frau Sviatlana Prakapiuk arbeiten an der Fakultät IB, Frau Kornélia Kozák an der Fakultät VSR und Herr Dr. Richard Lein und Frau Dr. Ursula Mindler an der Fakultät MES.

Wir begrüßen weiter Frau Evelin Sárdi, Mitarbeiterin im Referat für Logistik und Beschaffung.

Die AUB verabschiedete Frau Linda Ocak, Referentin der Fakultät VSR am Ende des Wintersemesters 2011. Wir wünschen ihr alles Gute! Ihre Stelle wurde von Frau Melinda Tieger übernommen.

Herr Dr. Tibor Laky verabschiedete sich von der AUB und begab sich am Ende des Wintersemesters 2011 in seinen wohlverdienten Ruhestand. Er betreute die Bibliothek des ÖKF. Wir bedanken uns für seine Arbeit und wünschen ihm alles Gute für die kommenden Jahren! Seine Stelle wurde von Frau Zsófia Harsányi übernommen.



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

